Stadtverordnetenversammlung
Wittstock/Dosse

Sitzungsvorlage für:
Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsdatum: 06.04.2022

Tagesordnungspunkt	26.
Beschluss-Nr.	231-2022-SVV
Öffentlich	☒
Nichtöffentlich	☐
Bekanntmachung ja	
Bekanntmachung nein	

Fachbereich

Amt für Stadtentwicklung

Beratungsfolge	Sitzungs-termin	TOP	Anwesende		Empfehlung			
			Soll	Ist	Gemäß Beschluss-vorschlag	mit Änderungen	Ablehnung	Zurück-stellung
Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Bauausschuss	10.03.2022	6.	5	3	X			

	Anwesende				Abstimmungsergebnis			Abstimmungsart
	Sitzungs-termin	TOP	Soll	Ist	Ja	Nein	Enthaltung	
Hauptausschuss	16.03.2022	23.	6	5	5			Gemäß Beschluss-vorschlag

Beschlussentwurf

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung Wittstock/Dosse beschließen die Leitlinien zur Erstellung eines Plankonzepts für die Entwicklung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen (FPA) im Gebiet der Stadt.

Die Leitlinien umfassen nachfolgende Festlegungen:

1. Die in Anlage 1 aufgeführten Kriterien werden als Grundlage und Handlungsrahmen bei der Identifizierung von möglichen Potentialflächen für die Entwicklung von FPA im Stadtgebiet Wittstock/Dosse bestätigt.
2. In der Stadt Wittstock/Dosse sollen nicht mehr als 1 % der Flächen des Gemeindegebietes der Stadt Wittstock/Dosse für die Errichtung von FPA in Anspruch genommen werden. Die vorhandenen Anlagenstand-orte sind mit den bereits belegten Flächen zu berücksichtigen.
3. Der Zeithorizont für die Entwicklung von FPA wird vorerst bis zum Jahr 2030 festgelegt.
4. Der Bürgermeister wird mit der Berufung eines „Beirats Freiflächen-Photovoltaik“ beauftragt und unterbreitet dem Hauptausschuss einen Vorschlag zur Entscheidung über die Zusammensetzung des Beirats.
5. Als Ergebnis ist den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung Wittstock/Dosse ein Plankonzept für die Ausweisung von FPA-Eignungsgebiete in der Stadt Wittstock/Dosse zur Entscheidung und Beschlussfas- sung vorzulegen.

Der o.g. Beschluss wird wie folgt neu gefasst:

(Änderung/Streichung/Zusatz zum Beschlussvorschlag) nichtzutreffendes streichen

--

Beschlussfassung wie Vorschlag/Änderungen (nichtzutreffendes streichen)

Anwesende	21	Anmerkung: Auf Grund des § 22 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) waren _____ Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.
Ja-Stimmen	21	
Nein-Stimmen		
Enthaltungen		

gezeichnet
Der Vorsitzende

gezeichnet
Der Bürgermeister

Siegel (Siegel)

Rechtsgrundlagen:
 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl.I/07, [Nr. 19], S.286) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Juni 2021
 Baugesetzbuch (BauGB) in der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10.09.2021 (BGBl. I S. 4147)

Finanzielle Auswirkungen	
Einnahmen	Mittel stehen zur Verfügung
Keine haushaltmäßige Berührung	Mittel stehen nicht zur Verfügung
zur Kenntnis genommen:	

Stadtkämmerei

Sachverhalt:

Beschluss-Nr. 231-2022-SVV

I. Hintergrund (Problemstellung)

- Photovoltaik als wesentlicher Baustein der Energiewende*

Das Bundeskabinett der Bundesrepublik Deutschland hat am 6. Juni 2011 den stufenweisen Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. Am 8. Juli 2011 hat der Bundesrat dem Gesetzespaket zugestimmt.

Der Begriff Energiewende steht seit dieser Zeit in der politischen und medialen Diskussion sowohl für den Atomausstieg als auch den Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger (Öl, Kohle, Erdgas), der durch den Ausbau der erneuerbaren Energie (u.a. Windenergie, Sonnenenergie) ermöglicht werden soll.

Bei der Betrachtung von Ausbaupotentialen im Bereich Photovoltaik wird regelmäßig zwischen Dach-/Fassadenflächen von Gebäuden sowie Freiflächen innerhalb und außerhalb von Siedlungen unterschieden.

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg verweist in der im Entwurf vorliegenden „Energierstrategie 2040“ darauf, dass noch erhebliche Potentiale für große Freiflächen-Photovoltaikanlagen (FPA) auf landwirtschaftlichen Flächen bestehen. Es zeichnet sich ab, dass diese verstärkt außerhalb der Vorgaben des EEG realisiert werden, d. h. die Anlagen finanzieren sich durch den direkten Verkauf des erzeugten Stroms an Dritte. Dies erfordert auch eine höhere Flächenbereitstellung zu Gunsten von FPA.

Seit einigen Jahren ist dieser Trend auch im Gebiet der Stadt Wittstock/Dosse spürbar und es ist eine verstärkte Nachfrage nach verfügbaren Flächen zur Errichtung von FPA zu verzeichnen.

- Kommunale Bauleitplanung*

Zu den gesetzlich definierten Aufgaben einer Stadt zählt die Bauleitplanung. Aufgabe der Bauleitplanung ist es, die bauliche und sonstige Nutzung der Grundstücke in der Gemeinde vorzubereiten und zu leiten. Dabei sollen die Bauleitpläne eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodennutzung unter Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung gewährleisten. Sie sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln sowie den Klimaschutz und die Klimaanpassung, insbesondere auch in der Stadtentwicklung, zu fördern, sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln (vgl. § 1 BauGB).

Die Aufgabe der Stadt ist es demnach, für das ganze Gemeindegebiet die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung nach den voraussehbaren Bedürfnissen

der Gemeinde in den Grundzügen darzustellen.

Dieser Aufgabe gerecht zu werden, stellt, auch unabhängig von der hohen Nachfrage nach Projektentwicklungen im Bereich FPA, eine große Herausforderung dar. Die Zulässigkeit von FPA außerhalb von Siedlungen bedingt die Aufstellung von verbindlichen Bauleitplänen durch die Gemeinde (vgl. § 1 Abs. 3 BauGB).

- *Erkenntnisse aus dem Analyseprozess zu FPA*

Um die Nachfrage nach Freiflächen zur Errichtung von FPA mit der Aufgabe einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung in Einklang zu bringen, hat die Stadt Wittstock/Dosse einen Analyseprozess initiiert.

Ziel dieses Analyseprozesses war es, Potentiale für Flächennutzungen in dem Segment FPA herauszuarbeiten. In diesem Zusammenhang hat sich aufgezeigt, dass es erforderlich ist, hierfür anerkannte bzw. auf gesetzlichen Grundlagen basierende Kriterien festzulegen, die sich insbesondere dazu eignen, den Rahmen für eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung zu definieren.

Ebenfalls wurde herausgearbeitet, dass entsprechend der Energiestrategie 2040 ein zeitlicher und räumlicher Planungshorizont angemessen ist.

II. Veranlassung (Lösung)

Um der Herausforderung gerecht zu werden, die hohe Nachfrage nach Projektentwicklungen im Bereich FPA mit einer geordneten und nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung in Einklang zu bringen, werden grundlegende Handlungsleitlinien benötigt.

Die Stadtverwaltung hat Kriterien als Grundlage herausgearbeitet, die bei einer beabsichtigten Entwicklung von FPA begünstigend, hemmend oder ausschließend wirken. Zu Grunde gelegt wurden hierfür anerkannte bzw. auf gesetzlichen Grundlagen basierende Kriterien.

Dieser Kriterienkatalog ist als Anlage 1 beigefügt und soll grundsätzlich durch die Stadtverwaltung bei der Ermittlung geeigneter Potentialflächen zur Entwicklung von FPA im Gemeindegebiet der Stadt Wittstock/Dosse zur Anwendung kommen.

- **Zeitlicher und räumlicher Planungshorizont**

Das Stadtgebiet Wittstock/Dosse umfasst ca. 42.000 ha. Als räumlicher Planungshorizont wird empfohlen, eine Fläche von bis zu 1 % der Gebietsfläche der Stadt Wittstock/Dosse für die Nutzung durch FPA unter Anwendung der o.g. Planungskriterien in Betracht zu ziehen. Dies ergibt ein Flächenpotential für FPA von 420 ha. Die bereits im Bestand zu verzeichnenden FPA mit 163,7 ha sollten hierbei eingerechnet werden.

Als zeitlicher Planungshorizont soll entsprechend den Zielen der Energiestrategie 2040 des Landes Brandenburg für eine Entwicklung in der Stadt Wittstock/Dosse zunächst der Zeitraum bis zum Jahr 2030 angesetzt werden.

- **Berufung, Ziel, Aufgabe und Arbeitsweise eines Beirats Freiflächen-Photovoltaik**

Um konkrete Einzelvorhaben beurteilen zu können, ist eine weitere Vertiefung des Analyseprozesses bis zur Konkretisierung prioritärer Eignungsgebiete für FPA erforderlich. Um diesen Prozess inhaltlich, fachlich und auch politisch zu begleiten und zu steuern, ist die Berufung eines „Beirats Freiflächen-Photovoltaik“ angeraten.

Die Aufgabe des Beirats soll sein, Entscheidungsgrundlagen für die Gremien der Stadtverordnetenversammlung zu erarbeiten und diese als ein Plankonzept für die Ausweisung von Eignungsgebieten für FPA im Gemeindegebiet der Stadt Wittstock/Dosse vorzuschlagen.

Der Bürgermeister soll beauftragt werden, dem Hauptausschuss einen Vorschlag zur Entscheidung über die Zusammensetzung des Beirates (z.B. Fraktionsvorsitzende, Fachausschüsse, Verwaltungsmitarbeiter) zu unterbreiten.

Die Stadtverwaltung übernimmt bis zur ersten Sitzung des Beirates eine Aufbereitung potentieller Eignungsflächen für FPA. Im Weiteren ist die Arbeitsweise des Beirates dadurch gekennzeichnet, über Konkretisierungen und mögliche Festlegung prioritärer Eignungsgebiete zu beraten und diese final zu empfehlen. Die Stadtverwaltung begleitet die Arbeit des Beirates durch Vor- und Nachbereitung der Sitzungen.

Ziel des Beirates ist es, eine Entscheidung über das Plankonzept für FPA-Eignungsgebiete in der Stadt Wittstock/Dosse als Beschluss der SVV vorzubereiten und die Umsetzung ggf. zu begleiten.

Die Verwaltung wird somit nach Beschlussfassung der SVV in die Lage versetzt, vorliegende und ggf. bereits eigentumsrechtlich vorgeklärte oder vorbereitete Antragstellungen für die künftige Aufstellung von verbindlichen Bebauungsplänen aufzubereiten.

III. Finanzielle Rahmenbedingungen / -auswirkungen

Keine.

IV. Fazit

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung Wittstock/Dosse beschließen nachfolgende Punkte:

1. Bestätigung der Kriterien als Handlungsrahmen bei der Identifizierung von möglichen Potentialflächen für die Entwicklung von Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen im Stadtgebiet Wittstock/Dosse.
2. Unter Einbeziehung der Bestandsflächen werden nicht mehr als 1 % des Gemeindegebietes für die Entwicklung / Errichtung von FPA in Anspruch genommen.
3. Der Zeithorizont zur Entwicklung und Nutzung von bis zu 1 % des Gemeindegebietes für Freiflächen-Photovoltaikanlagen wird vorerst bis zum Jahr 2030 festgelegt.
4. Der Bürgermeister wird mit der Berufung eines „Beirates Freiflächen-Photovoltaik“ beauftragt und unterbreitet dem Hauptausschuss einen Vorschlag zur Entscheidung über die Zusammensetzung des Beirates
5. Als Ergebnis ist ein Plankonzept für die Ausweisung von FPA-Eignungsgebieten in der Stadt Wittstock/Dosse zur Entscheidung und Beschlussfassung durch die SVV vorzulegen.

Anlage 1

Kriterien zur Prüfung der Entscheidung über eine grundsätzliche Realisierbarkeit von FPA im Gebiet der Stadt Wittstock/Dosse

Positivkriterien (Begünstigung einer Entwicklung von FPA)

- Gewerbe- und Industriegebiete
- Einbindung in die Landschaft ohne Fernwirkung (Sichtbarkeit / Bewuchs)
- Bahntrassen mit Abstand bis zu 200 m nach dem EEG 2021
- BAB mit Abstand bis zu 200 m nach dem EEG 2021
- Sondergebiete Konzentrationszonen „Wind“
- Erwogene Windeignungsgebiete (WEG) 2021 der Regionalen Planungsgemeinschaft Prignitz-Oberhavel

Tabuzonen (Ausschluss einer Entwicklung von FPA)

- Naturschutzgebiet (NSG)
- Landschaftsschutzgebiet (LSG)
- Schutzgebiet Flora-Fauna-Habitat
- Trinkwasserschutzzone (TWSZ) 1 und 2
- BAB mit beidseitigem Abstand von 40 m (Bauverbot Bundes-FStrG)
- Freiraumverbund Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR)
- ReP – sachlicher Teilplan „Rohstoffsicherung“ - Vorranggebiet oberflächennahe Rohstoffe

Restriktionsbereiche (Hemmnis für die Entwicklung von FPA)

- ReP - sachlicher Teilplan „Freiraum“ – historisch bedeutsame Kulturlandschaft
- Siedlungsflächen und Wohngebäude im Außenbereich mit Abstand 500 m
- Wasserflächen mit Abstand 500 m
- Verbindungsstraßen mit beidseitigem Abstand von 100 m
- Touristische Radwege mit beidseitigem Abstand von 100 m
- Wald mit Abstand von 30 m

Weitere Kriterien

- Abstand Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen untereinander mindestens 2 km
- Betrachtung Potentialflächen > 5 ha (wirksamer Beitrag Energiewende, wirtschaftliches

Verwaltungshandeln)

Sonderfälle

- Konversionsflächen (Landwirtschaft, Militär, Wirtschaft)
- Nachnutzung von Deponien
- Nachnutzung von Abbaugebieten